Presseerklärung des niedersächsischen Flüchtlingsrats vom 14.5.2003:

Celle: Isolation von Flüchtlingen in videoüberwachte Flüchtlingsunterkunft im Wald

Flüchtlingsrat kritisiert unerträglichen Umgang mit Flüchtlingen

Die Entscheidung der Stadt Celle, Flüchtlinge zukünftig in einer einsam gelegenen, videoüberwachten Unterkunft in Scheuen weit abseits sonstiger Bebauung zu isolieren, ist auf heftige Kritik des Niedersächsischen Flüchtlingsrats gestoßen. "Nach dem berüchtigten "Celler Mauerbau" macht die Stadt Celle wieder einmal Schlagzeilen mit abschreckenden Maßnahmen, die eine Isolation und Ausgrenzung von Flüchtlingen bewirken. Die Entscheidung ist nicht nur unmenschlich, sie könnte auch zur Folge haben, dass Rechtsextreme und Rassisten sich ermuntert fühlen, die Unterkunft in Scheuen anzugreifen", so Norbert Grehl-Schmitt vom Vorstand des Flüchtlingsrats. Wir fordern die Stadt Celle auf, ihre Entscheidung umgehend zu revidieren und Flüchtlinge dezentral unterzubringen."

Flüchtlinge befinden sich in einer Warteposition, die durch eine unaufhebbare existentielle Unsicherheit gekennzeichnet ist. Jeder Flüchtling hat seine Heimat, seine sozialen Bezüge, die Familie und seine Freunde zurücklassen müssen. Schon deshalb befindet er sich in einer existentiellen Ausnahmesituation. Viele haben jahrelange Unterdrückung, Verfolgung, traumatische Erfahrungen durch Bürgerkriege, Inhaftierungen oder gar Folter hinter sich. Oft quälen den Flüchtling überdies Schuldgefühle gegenüber den in der Heimat Zurückgebliebenen. Aus derartigen inneren Konflikten heraus erleben viele Flüchtlinge ihre Lebenssituation im bundesrepublikanischen Exil als schwere Identitätskrise.

In dieser Situation wollen Flüchtlinge möglichst normal leben und Anschluss in ihrer neuen Heimat finden. Die Stadt Celle hätte angesichts eines entspannten Wohnungsmarktes und niedriger Flüchtlingszahlen jetzt die Chance, Flüchtlinge dezentral unterzubringen, in das Gemeindeleben zu integrieren und ihnen zu signalisieren, dass sie bei uns willkommen sind. Die Gemeinde wäre gefordert, Integrationsmaßnahmen zu entwickeln und Angebote auch an die deutsche Bevölkerung zu machen, um ein gegenseitiges Verständnis zu fördern. Statt jedoch Nachbarschaftskontakte zu ermöglichen und Alltäglichkeit zu stiften, werden die Betroffenen mit Wachdienst und Videoüberwachung im Wald isoliert. Eine solche Desintegrationspolitik produziert soziale Probleme und Folgekosten und präsentiert die Betroffenen als soziales Feindbild geradezu auf dem Präsentierteller.

Es ist nicht zu bestreiten, dass eine kleine Minderheit der Flüchtlinge in der Harburger Heerstraße in der Vergangenheit mit Drogen gehandelt hat. Mit Mauern und sozialer Isolation bekämpft man aber keinen Drogenhandel, sondern begünstigt ihn. Die Polizei hat unmissverständlich erklärt, dass eine Verfolgung von Drogenhändlern bei dezentraler Unterbringung einfacher wäre. Im Interesse eines Schutzes der großen Mehrheit der unbescholtenen Flüchtlinge vor pauschalen Diskriminierungen fordern wir die Stadt Celle auf, ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken.

<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<<

Kai Weber
Niedersächsischer Flüchtlingsrat
Langer Garten 23 B
31137 Hildesheim
Tel. 05121 - 15605, Fax 05121 - 31609
email: kai.weber@nds-fluerat.org